

Burgenländischer Landtag

Tagesordnung

für die 2. Sitzung des Burgenländischen Jugend-Landtages am Donnerstag,
dem 17. April 2008

1. Fragestunde;
2. Antrag der Jugendabgeordneten Michael Piller, Jürgen Supper, Miriam Herlicska, Ivan Grujic, Lorant Bacs, Sandra Toth, Andreas Christian Heissenberger und Sabine Pehm auf Fassung einer Petition betreffend Jugendmobilität landesweit! (J 5);

Berichterstatter: JAbg. Andreas Christian Heissenberger

3. Antrag der Jugendabgeordneten Rene Farkas, Bernd Hirczy, Oliver Blaskovits, Christoph Wolf, Carmen Hirschmann, Hanna Grabenhofer, Bernd Weiß und Manuel Hofstätter auf Fassung einer Petition betreffend Aufwertung des Jugend-Landtages (J 6);

Berichterstatter: JAbg. Oliver Blaskovits

4. Antrag der Jugendabgeordneten Eduard Posch, Christina Weidinger, Dominik Hofer, Oliver Krumpeck, Martin Schmidtbauer, Hedwig Granabetter, Clemens Gerdenitsch und Andreas Rotpüller auf Fassung einer Petition betreffend der Verbesserungen für in Ausbildung befindlicher jungen Menschen im Burgenland (J 7);

Berichterstatter: JAbg. Martin Schmidtbauer

5. Antrag der Jugendabgeordneten Andreas Gradwohl, Julia Tinhof, Kerstin Pocza, Romana Schanta, Christine Kotschar, Christina Reiterich, Christoph Prangl und Mag. Josefine Sinkovits auf Fassung einer Petition betreffend die Einführung des Unterrichtsfaches „politische Bildung“ ab der 8. Schulstufe (J 8);

Berichterstatterin: JAbg. Kerstin Pocza.

Der Landtagspräsident:
Walter Prior eh.

**Anfragen, die in der Fragestunde
des Jugend-Landtages
am 17. April 2008
zum Aufruf gelangen**

1) Anfrage Nr. 8

der Jugendabgeordneten Christine KOTSCHAR
an Herrn Landeshauptmann Hans N i e s s l

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann!

Die Belastungen der momentan auszubildenden Jugendlichen sind enorm hoch. Seien es die Fahrtkosten, Unterkunftskosten, Studien- und Ausbildungskosten oder auch die Eingliederung in den Arbeitsmarkt.

Welche neuen und entlastenden Maßnahmen sind von Seiten des Landes geplant, um den burgenländischen Jugendlichen gleichermaßen, ob Lehrling oder Student/in, den Weg in das Berufsleben zu erleichtern?

2) Anfrage Nr. 9

des Jugendabgeordneten Andreas HEISSENBERGER
an Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter
Mag. Franz S t e i n d l

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter!

Sie als Landesjugendreferent sollten erster Ansprechpartner für die Jugend im Burgenland sein!

Warum wird das Thema Jugend auf so viele Kompetenzpersonen in der Regierung aufgesplittet und nicht gebündelt, denn dadurch würde die Handhabung in Sachen Jugendthemen vereinfacht werden?

3) Anfrage Nr. 10

des Jugendabgeordneten Martin SCHMIDTBAUER
an Herrn Landesrat Helmut B i e l e r

Sehr geehrter Herr Landesrat!

Wie man jeden Tag merkt, gibt es im Burgenland noch immer geraume Defizite im Verkehrsnetz.

Speziell das Schnellstraßen- und Autobahnnetz ist im Burgenland noch unterentwickelt. Eine Reise von Kalch nach Kittsee, 236 km, dauert immer noch ungefähr dreieinhalb Stunden. Die Strecke von Wien nach Maribor, Slowenien, 250 km, fährt man allerdings in zweieinhalb Stunden.

Über Ausbauprojekte wird diskutiert, auf die Umsetzung warten wir noch immer und der Pendler quält sich weiter, Tag täglich durch das Burgenland.

Auf welchen neuen Abschnitten von hochrangigen Straßen wird man 2010 im Burgenland fahren können?

4) Anfrage Nr. 11

des Jugendabgeordneten Oliver KRUMPECK
an Frau Landesrätin Mag. Michaela R e s e t a r

Sehr geehrte Frau Landesrätin!

Im Rahmen der gesellschaftlichen Entwicklung des Burgenlandes wird es speziell in Zukunft wichtig sein, ausreichend duale Berufsausbildung zu haben.

Breite Bildung ist der Schlüssel für die gesellschaftliche und wirtschaftliche Weiterentwicklung.

Welche Schwerpunkte bzw. Strategien haben Sie im Bereich der Berufsschulen in der Vergangenheit gesetzt bzw. werden Sie in der Zukunft setzen?

5) Anfrage Nr. 12

der Jugendabgeordneten Christina REITERICH
an Herrn Landesrat Dr. Peter R e z a r

Sehr geehrter Herr Landesrat!

Die bundesweite Pflegedebatte hat in den letzten Monaten ihren Höhepunkt erreicht. Vor allem für unsere Generation sind zukunftsweisende Maßnahmen sehr wichtig und seitens der Landesregierung sensibel zu behandeln.

Welche Projekte bzw. Umsetzungsstrategien gab es bisher und welche wird es hinkünftig aufgrund der anstehenden Änderungen geben?

6) Anfrage Nr. 13

der Jugendabgeordneten Kerstin POCZA
an Herrn Landesrat Dipl.Ing. Nikolaus B e r l a k o v i c h

Sehr geehrter Herr Landesrat!

Um mit einem Zitat aus dem Fortune Magazine zu beginnen: „Wasser wird für das 21. Jhdt, was Erdöl für das 20. Jhdt war.“

Grundsätzlich darf bei der Wasserversorgung Gewinnmaximierung nicht an erster Stelle stehen. Da Wasser ein Grundrecht ist, müssen Qualität, allgemeiner Zugang und demokratische Mitbestimmung gesichert sein.

Wie wird im Burgenland mit dem Thema Liberalisierung und Privatisierung der Wasserversorgung umgegangen?

7) Anfrage Nr. 14

der Jugendabgeordneten Christina WEIDINGER
an Frau Landesrätin Verena D u n s t

Sehr geehrte Frau Landesrätin!

Der Jugendschutz gewinnt in letzter Zeit immer mehr an Bedeutung. Aus unserer Sicht zählen auch die Themen Konsumentenschutz und Schuldnerberatung dazu. Immer mehr Menschen sind verschuldet und suchen Rat und Unterstützung. Daher unsere Frage:

Welche Initiativen sind für die Zukunft geplant, um speziell Jugendliche vor den Schuldenfallen zu schützen bzw. sind weitere Anlaufstellen geplant?

Antrag

der Jugendabgeordneten Michael PILLER, Jürgen SUPPER, Miriam HERLICKSKA, Ivan GRUJIC, Lorant BACS, Sandra TOTH, Andreas Christian HEISSENBERGER, Sabine PEHM

auf Fassung einer Petition betreffend Jugendmobilität landesweit!

Der Landtag wolle beschließen:

Petition

des Jugend-Landtages vom betreffend Jugendmobilität landesweit!

Mobilität ist für Jugendliche im Burgenland in Ausbildung, Arbeitswelt und Freizeit unumgänglich. Obwohl diese Thematik auch beim letzten Jugend-Landtag angesprochen wurde, sind die Forderungen unserer Ansicht nach für die Jugendlichen unzureichend umgesetzt worden. Das Burgenland verfügt über kein flächendeckendes Bahnnetz bzw. mangelt es an ausreichenden öffentlichen Bus- und Bahnverbindungen in Zentren. Jugendliche, die auf öffentliche Verkehrsmittel zur Ausbildungsstätte bzw. zur Arbeitsplatzerreichung angewiesen sind, müssen häufig lange Wartezeiten und unzumutbare Fahrzeiten in Kauf nehmen.

Aufgrund der angeführten Lage des öffentlichen Verkehrs im Burgenland sind viele BurgenländerInnen auf ein eigenes Fahrzeug angewiesen. Für Jugendliche kommen hohe Führerscheinkosten hinzu. Wir sehen die Hauptgründe für diese enorme Belastung im Gebietschutz der Fahrschulen und den zusätzlichen Kosten der Fahrsicherheitstrainings. Das verpflichtende Fahrsicherheitstraining ist grundsätzlich zu begrüßen, weil es die praxisnahe Fahrausbildung fördert und die Verkehrssicherheit zweifelsohne erhöht, jedoch sind die zusätzlich auftretenden Kosten für Jugendliche untragbar.

Um die Mobilität und das sichere Heimkommen auch Nachts zu gewährleisten, ist es notwendig, bestehende Projekte zu fördern und auszubauen. Der „Discobus“ und die sinnvolle Ergänzung „Jugendtaxi“ sind hier positiv zu nennen.

Daher fordert der Burgenländische Jugend-Landtag folgendes:

- Ausbau des öffentlichen Verkehrsnetzes, zum Beispiel durch:
 1. flächendeckende öffentliche Verkehrsmittel mit regelmäßigen und schnellen Verbindungen aus allen Teilen des Burgenlandes in die Landeshauptstadt
 2. Erarbeitung und darauf folgende zügige Umsetzung von Effizienzsteigerungen im Bereich der öffentlichen Verkehrsmittel im Burgenland
- Leistbarkeit des Führerscheines durch:
 1. Aufhebung des Gebietschutzes
 2. Festlegung einer fairen und leistbaren Obergrenze für die Kosten der Führerscheinausbildung
 3. Kostenentlastung für Jugendliche im Bereich des verpflichtenden Fahrsicherheitstrainings durch Land und/oder Gemeinden

4. steuerliche Absetzbarkeit der Führerscheinkosten
 5. Anwendung eines reduzierten Mehrwertsteuersatzes auf Führerscheinausbildungskosten
- Ausbau und regelmäßige Förderung jener Projekte, die das sichere Heimkommen Jugendlicher in den Nachtstunden kostengünstig ermöglichen.

Der Jugend-Landtag hat beschlossen:

Der Burgenländische Landtag wird aufgefordert,

- diese Petition im Petitionsausschuss des Burgenländischen Landtages zu behandeln

Stegersbach, am 6. April 2008

Antrag

der Jugendabgeordneten Rene FARKAS, Bernd HIRCZY, Oliver BLASKOVITS, Christoph WOLF, Carmen HIRSCHMANN, Hanna GRABENHOFER, Bernd WEISS, Manuel HOFSTÄTTER

auf Fassung einer Petition betreffend Aufwertung des Jugend-Landtages

Der Landtag wolle beschließen:

Petition

des Jugend-Landtages vom betreffend Aufwertung des Jugend-Landtages

Der erste Jugend-Landtag 2007 war ein voller Erfolg. In unseren Augen ist dieses Konzept es auf jeden Fall wert, auch in den nächsten Jahren weitergeführt zu werden. Zu diesem Zweck haben wir Verbesserungen an dem Modell des Jugend-Landtages erarbeitet, um damit die Partizipation der burgenländischen Jugendlichen an der Politik weiter auszubauen.

Einerseits möchten wir die Auseinandersetzung mit den für uns relevanten Themen intensivieren, indem der Jugend-Landtag zweimal im Jahr unter gleicher Besetzung abgehalten wird.

Auf der anderen Seite ist es wichtig, dass Jugendliche in die Themenfindung effektiv eingebunden und auch über die Ergebnisse des Jugend-Landtages informiert werden. Diese Öffentlichkeitsarbeit möchten wir vor allem durch eine Internetplattform fördern, die den aktiven Austausch ermöglichen wird. Die ausgewählten Jugendabgeordneten starten in das Jahr wie gehabt mit einem Vorbereitungsseminar und darauf folgend den 1. Jugend-Landtag. Zu den Landtagssitzungen, die die Petitionen vom Jugend-Landtag behandeln, sollten die Jugendlichen eingeladen werden. Vor dem zweiten Jugend-Landtag sollen Treffen zwischen den jungen Antragstellern und den zuständigen Abgeordneten und Regierungsmitgliedern stattfinden.

Beim 2. Jugend-Landtag des Jahres werden die Anträge des 1. Jugend-Landtages unter Einbeziehung der Ergebnisse der Gespräche mit den Landtagsabgeordneten und Regierungsmitgliedern wieder behandelt.

Daher fordert der Jugend-Landtag 2008:

- Zwei Jugend-Landtage pro Jahr mit gleicher Besetzung
- Einrichtung einer Internetplattform, wenn möglich www.jugendlandtag.at, zur Beteiligung der burgenländischen Jugendlichen an Diskussionsprozessen und der Themenfindung für die Jugend-Landtage sowie zur Vernetzung der Jugendabgeordneten
- Fristgerechte Behandlung der Petitionen des Jugend-Landtages durch den Burgenländischen Landtag

- Evaluierungstreffen zwischen Jugendabgeordneten und dem verantwortlichen der Landespolitik vor dem 2. Jugend-Landtag.

Der Jugend-Landtag hat beschlossen:

Der Burgenländische Landtag wird aufgefordert,

- diese Petition im Petitionsausschuss des Burgenländischen Landtages zu behandeln

Stegersbach, am 6. April 2008

Antrag

der Jugendabgeordneten Eduard POSCH, Christina WEIDINGER, Dominik HOFER, Oliver KRUMPECK, Martin SCHMIDTBAUER, Hedwig GRANABETTER, Clemens GERDENITSCH, Andreas ROTPULLER

auf Fassung einer Petition betreffend der Verbesserungen für in Ausbildung befindlicher jungen Menschen im Burgenland

Der Landtag wolle beschließen:

Petition

des Jugend-Landtages vom betreffend der Verbesserungen für in Ausbildung befindlicher jungen Menschen im Burgenland

Unser Anliegen besteht darin, das derzeitige Bildungsangebot im Burgenland zu verbessern.

Probleme bestehen hier im Bereich der Lehrlinge, Schule sowie Fachhochschule.

Daher fordern wir den Burgenländischen Landtag auf, in diesen drei Bereichen folgende Punkte umzusetzen.

Lehrlingsfreifahrt

Lehrlinge haben, wie auch Schüler, eine sogenannte „SchülerInnenfreifahrt“, mit welcher man mit einem Selbstbehalt von € 19,60 von der Schule nach Hause fahren kann. Damit der Lehrling auch vom Betrieb nach Hause kommt, gibt es die so genannte „Lehrlingsfreifahrt“, die ebenfalls mit einem Selbstbehalt von € 19,60 im Jahr genutzt werden kann.

Nehmen wir aber folgenden Fall an:

Ein Lehrling, der in Oberwart wohnt und auch dort arbeitet, dessen Berufsschule jedoch in Eisenstadt ist und eine Wohnung im Raum Eisenstadt in Anspruch nimmt, muss sich die Hin- und Heimfahrt selbst bezahlen. Dies soll geändert werden!

Es wäre sinnvoll, Gelder aus dem Familienlastenausgleichsfonds für die Hin- und Heimfahrt des Lehrlings vom Zweitwohnsitz nach Hause zu gewähren und somit eine 100%ige Entschädigung des Fahrtenaufwandes zu leisten.

Lehre und Matura

Das Land ist aufgerufen ein Bgld Modell, zu erarbeiten in Form von Berufsreifeprüfungen (siehe, Kärnten, Niederösterreich und Tirol). Dies soll zu einer attraktiveren Gestaltung der Lehrberufe führen. Lehre darf keine Einbahn sein.

Aufwertung der Lehre

Durch gezielte Lehrlingskampagnen eine Aufwertung der Lehrberufe herbeiführen, wie zum Beispiel vermehrte Lehrlingsinfotage.

Bewerbung von neuen zukunftsorientierten Lehrberufen Jugendlichen soll es ermöglicht werden vor allem zu neuen Lehrberufen Zugang zu finden.

Übernahme der Internatskosten

Die Internatskosten für 10 Wochen betragen zwischen 593 und 710 Euro. In zwei Branchen ist über den Kollektivvertrag geregelt, dass die Internatskosten zur Gänze vom Betrieb bezahlt werden und der Lehrling keine Kosten fürs Internat bezahlen muss.

Sonderwege sind gut, generelle Lösungen für alle sind besser und damit treten wir dafür ein, dass im Berufsausbildungsgesetz (BAG) verankert werden soll, dass der Lehrbetrieb die Internatskosten zur Gänze übernimmt und die laufende Lehrlingsentschädigung weiter zu bezahlen hat.

Klassenschülerhöchstzahl senken

Beschränkung auf höchstens 25 in allen Schulstufen

Einführung eines Landesschulgemeinschaftsausschusses

Einführung eines Landesschulgemeinschaftsausschusses zur Stärkung der Schulpartnerschaft und damit der Rechte der Schülervertreter. Alle drei Vertreterschaften sollen zum gleichen Teil vertreten sein

Abschaffung der Studiengebühren

Einbindung der Studentenvertreter in Entscheidungsprozesse

Die Studentenvertreter sollen in die Entscheidungsprozesse der Fachhochschule eingebunden werden.

Der Jugend-Landtag hat beschlossen:

Der Burgenländische Landtag wird aufgefordert,

- diese Petition im Petitionsausschuss des Burgenländischen Landtages zu behandeln

Stegersbach, am 6. April 2008

Antrag

der Jugendabgeordneten Andreas GRADWOHL, Julia TINHOF, Kerstin POCZA, Romana SCHANTA, Christine KOTSCHAR, Christina REITERICH, Christoph PRANGL, Mag. Josefine SINKOVITS

auf Fassung einer Petition betreffend die Einführung des Unterrichtsfaches „politische Bildung“ ab der 8. Schulstufe

Der Landtag wolle beschließen:

Petition

des Jugend-Landtages vom betreffend die Einführung des Unterrichtsfaches „politische Bildung“ ab der 8. Schulstufe

Durch die Einführung des „Wählen mit 16“ hat das Burgenland österreichweit eine Vorreiterrolle eingenommen. Jugendliche haben nun bereits mit 16 Jahren das Recht, aktiv am politischen Leben teilzunehmen. Jugendliche wollen ihr Umfeld mitgestalten. Deshalb ist es wichtig, dass die Jugendlichen über das Wahlsystem bzw. die politische Landschaft gut informiert sind.

Daher fordern wir, das Unterrichtsfach „politische Bildung“ bereits ab der 8. Schulstufe einzuführen.

Aufgrund dessen, dass es noch keine offiziellen Vorlagen oder Konzepte für den Lehrplan gibt, wollen wir einige Dinge für den Lehrplan fixieren:

- Es muss gewährleistet sein, dass Lehrkräfte in ausreichender Anzahl mit qualifizierter objektiver Ausbildung versehen werden.
- Die Gestaltung des Unterrichts ist auf die Schüler und deren Alter anzupassen.
- Der Lehrplan muss praxisorientiert ausgerichtet werden.
Der praxisorientierte Unterricht muss mit Ausflügen in Parlament, Landtag und andere Einrichtungen von demokratiepolitischem Interesse geprägt sein.
- Das Verständnis der Regierungsformen, der Landes-, bzw. Bundesregierung muss geschaffen werden.
Bereits im 1. Unterrichtsjahr (8. Schulstufe) muss grundlegendes politisches Verständnis vermittelt werden. Die Vorbereitung zum 1. Wahlgang muss mit Abschluss der 8. Schulstufe beendet sein, in den darauffolgenden Schuljahren muss detaillierter in die Materie der politischen Bildung eingegangen werden. Dies muss auch tagespolitische und aktuelle Themen beinhalten, welche im Unterricht parteiunabhängig behandelt werden müssen.
- Das Unterrichtsfach „politische Bildung“ muss nach der 8. Schulstufe an allen Schultypen (AHS, BHS, Berufsschulen, Polytechnischer Lehrgang, etc.) fortgeführt werden.
- Weiters erachten wir es als zielführend, den Unterricht auch auf Basis von „Workshops“ auszurichten. Frontalunterricht scheint aus unserer Sicht in Bezug auf diese Materie nicht sinnvoll.

Durch einen qualifizierten, praxisnahen Unterricht im Fach „politische Bildung“ soll also zusammengefasst ein nachhaltiges Verständnis und Interesse an der Demokratie bei den Jugendlichen geweckt werden, sodass sich diese in Zukunft auch selbständig mit den aktuellen politischen Geschehnissen auseinandersetzen und auch aktiv mitwirken.

Der Jugend-Landtag hat beschlossen:

Der Burgenländische Landtag wird aufgefordert,

- diese Petition im Petitionsausschuss des Burgenländischen Landtages zu behandeln

Stegersbach, am 6. April 2008